

"Wir und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft" in Luxemburger Wort (8. April 1954)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 08.04.1954, n° 98; 107. Jg. Luxembourg: Saint-Paul Luxembourg. "Wir und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/wir_und_die_europaische_verteidigungsgemeinschaft_in_luxemburger_wort_8_april_1954-de-367cccf4-245c-4471-b51c-912cefcc60cd.html



Publication date: 13/04/2017

Wir und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

P. S. - Unsere Abgeordnetenkammer schritt gestern zum Votum über die Ratifizierung des Vertrages zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Das Ratifizierungsprojekt wurde angenommen. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß, mit Ausnahme der vier Kommunisten, alle Parteien sich für das Zustandekommen der Verteidigungsgemeinschaft aussprachen. Das illustriert, daß es bei uns keine Kontroverse um die Zusammenlegung des militärischen Abwehrpotentials der freien Völker Europas gibt. Wir wissen aus der Geschichte und haben am eigenen Leibe erfahren, wie schutzlos der Schwache dasteht, wenn er auf sich selbst angewiesen ist.

Luxemburg ist der vierte der sechs Vertragspartner, dessen Parlament sich für die Ratifizierung des Europaarmeevertrages ausspricht. Vor uns gaben die Bundesrepublik, Holland und Belgien ihre Zustimmung. Aussteht noch der Entscheid des italienischen und des französischen Parlamentes. In Italien scheint, soweit sich bis heute übersehen läßt, das Vertragsprojekt seine Mehrheit zu finden. Kritischer allerdings erscheinen die Dinge in Frankreich, wo zurzeit in dieser Beziehung noch alles in Fluß ist. Ratifiziert es nicht, so wird der Vertrag nicht in Kraft treten, und die freie Welt wird sich vor eine sehr zweifelhafte Lage gestellt sehen.

Es ist bezeichnend, daß in Luxemburg die politischen Parteien sich nicht an den zum weitaus größten Teil theoretischen Schwierigkeiten stießen, die in etlichen andern Partnerländern zu so heftigen Kontroversen geführt haben. Wir betrachten die Dinge mit kühl realpolitischem Sinn. Es ist niemand begeistert, daß wir um die Garantierung unserer Freiheit einen gewiß recht hohen Preis zahlen müssen. Andererseits aber wissen wir, daß unser Beitrag zum Werk der Aufstellung einer gemeinsamen Verteidigungsorganisation letzten Endes doch noch viel bescheidener ist, als jener Preis der von den andern gefordert wird. Weiter wissen wir, daß, wenn von Garantierung der Freiheit gesprochen wird, es sich tatsächlich um Leben und Freiheit eines jeden von uns handelt. Diese persönliche Einstellung zur Zukunft und zu den Schrecken, die sie gegebenenfalls bringen könnte, verhindert von vorneherein jede spekulative oder gefühlsbedingte Haltung, in die sich anderwärts so manche verlieren. Wir sehen die politische Situation in einem erbarmungslosen nüchternen Licht.

Diese realpolitische Einstellung fand bei der gestrigen Kammerdebatte über das Ratifizierungsprojekt ihren Ausdruck. Sowohl der Berichtstatter, Hr. Margue, als auch Hr. Staatsminister Joseph Bech hatten schnell die Einwände von vornherein entkräftet, die gegen den Vertrag erhoben werden könnten. Und es waren nur die bekannten kommunistischen Gegenargumente, auf die eine Antwort zu geben war. Die Meinung der großen Mehrheit des hohen Hauses stand fest: Sie waren von der Zweckdienlichkeit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft überzeugt. Sie wissen, daß, sobald die deutschen Divisionen auf dem Umweg über die restlose Integration in eine Europaarmee der westlichen Defensivkraft den erwünschten Zuwachs gebracht haben, es kein Niemandsland mehr gibt, das sich bis heute direkt von unserer Moselgrenze bis zur Sowjetzongrenze erstreckt. Wir stünden im Falle eines slawischen Angriffs auf die freie Welt nicht mehr als erste da, die zu überrennen wären, sondern hätten vor uns soviel hundert Kilometer, die unbedingt verteidigt würden.

Doch dies ist nicht der einzige Grund, weswegen wir der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zustimmen. Viel schwerer wiegt die Ueberzeugung, daß, je stärker sich die europäischen Völker zusammentun, desto weniger groß für einen eventuellen Angreifer die Versuchung zu einem Angriff sein wird. Das Gleichgewicht der Kräfte, das die freie Welt anstrebt, wird die beste Garantie gegen den Ausbruch eines neuen Krieges sein. Durch Verteidigungsbereitschaft soll der Friede gesichert bleiben.

Daß Deutschland, dem Verteidigungsvertrag zufolge, nunmehr wieder zwölf Divisionen aufstellen soll, darüber wird gewiß niemand begeistert sein. Doch stimmen wir dieser Maßnahme zu, weil sich einerseits, wie Hr. Margue gestern überzeugend darlegte, Europa ohne die Mithilfe Deutschlands nicht verteidigen läßt, und andererseits der europäische Verteidigungsgemeinschaftsvertrag das Risiko auf ein Minimum reduziert, das sich aus der Wiederaufrüstung Deutschlands ergeben könnte. Wir stimmen der Aufstellung der deutschen zwölf Divisionen zu, doch nur unter der Bedingung, daß dieselben so restlos in die Europaarmee integriert werden, und also zu keinem Werkzeug einer deutschen Expansionspolitik mehr werden können.

Denn dazu wurde die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eigens erfunden. Und zwar ausgerechnet von Frankreich. Die Garantien sind gegeben: Deutschland wird keinen eigenen Generalstab haben dürfen; es darf sich keiner vollständigen, d. h. sich selbst genügenden Kriegsproduktion hingeben; es wird keine Nachschub- und Intendanturdienste einrichten dürfen, an Hand derer sich die zwölf Divisionen aus ihrer europäischen Integration lösen und schließlich doch noch verselbständigen könnten; die deutsche Regierung wird über die Verwendung der zwölf Divisionen keine autonomen Entscheidungen treffen können.

So sind die Garantien gegeben. Und zwar nicht nur für die Völker des Westens, sondern auch für Rußland und seine Satelliten. In Moskau wird man das gewiß nicht übersehen haben. Nur muß für den Kreml naturgemäß alles ungelegen kommen, was zur Stärkung der nicht-kommunistischen Welt beiträgt. Also meinte gestern der Moskauer Rundfunk zum soundsovielten Mal, die Wiederbewaffnung Deutschlands müsse zu einem neuen Kriege führen, weil sie nach dem ersten Weltkrieg den Nationalsozialisten die Waffen für eine Aggression in die Hand gegeben habe.

Das ist es ja eben, was die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vermeiden will: Deutschland soll zur Verfolgung eigenpolitischer Ziele keine Waffen in die Hand bekommen; über die Verwendung seiner Divisionen wird nicht Bonn allein, sondern der Rat der Mitgliedstaaten der Verteidigungsgemeinschaft entscheiden.